



Eine solche belastbare Aufgaben- und Produktkritik liegt bislang nicht vor. Ohne diese Grundlage bleibt insbesondere unklar,

- welche Aufgaben künftig entfallen, reduziert oder verändert werden sollen,
- welche Produkte und Leistungen politisch priorisiert werden,
- welche qualitativen Standards künftig gelten sollen und
- welcher Personalbedarf sich daraus sachgerecht und nachvollziehbar ableiten lässt.

Hinzu kommt, dass der sogenannte „Wuppertal-Plan“ in seiner derzeitigen Ausgestaltung keine hinreichend konkrete Steuerungsgrundlage darstellt. Es fehlen sowohl eine klare strategische Zielsetzung als auch eine belastbare Priorisierung und zeitliche Strukturierung (Periodisierung) der vorgesehenen Maßnahmen. Damit fehlt es an der notwendigen Verknüpfung zwischen strategischer Zielsetzung und operativer Personalplanung. Zwar steht im HSK drin, dass es eine Aufgaben- und Prozesskritik geben soll, aber nur als eine unkonkrete Absichtserklärung. Und selbst wenn man morgen damit anfängt: Eine solche Kritik dauert zwei bis drei Jahre. Aber die Maßnahmen I und III sind bereits 2026 und 2027 mit einer Einsparvorgabe versehen. Das passt nicht zusammen. Zurecht hat der Gesamtpersonalrat der Stadt Wuppertal die fehlende Aufgaben- und Prozesskritik öffentlich kritisiert und ein Einlenken gefordert.

Denn Personaleinsparungen ohne eine solche konzeptionelle Grundlage bergen erhebliche Risiken. Insbesondere besteht die Gefahr, dass zentrale Verwaltungsleistungen unbeabsichtigt eingeschränkt werden, ohne dass hierfür eine bewusste politische Prioritätensetzung erfolgt ist. Dies würde die

Steuerungsfähigkeit des Rates unterlaufen und die Transparenz gegenüber Öffentlichkeit und Mitarbeitenden beeinträchtigen.

Die FDP/WFW-Fraktion ist der Auffassung, dass zunächst Klarheit über Aufgabenportfolio, Leistungsstandards und strategische Zielsetzungen geschaffen werden muss. Erst auf dieser Basis können tragfähige und verantwortbare Entscheidungen zur Personalsteuerung getroffen werden.

Das beantragte Moratorium dient daher ausdrücklich nicht der Verzögerung notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen, sondern der Sicherstellung einer sachgerechten, transparenten und politisch legitimierten Entscheidungsgrundlage.

Ohne eine vorherige Aufgaben- und Produktkritik sowie ohne einen konkretisierten strategischen Rahmen („Wuppertal-Plan“) fehlt den Maßnahmen I und III die erforderliche fachliche und politische Grundlage.

Die Aussetzung ist daher folgerichtig und geboten.

Mit freundlichen Grüßen

Karin van der Most  
Fraktionsvorsitzende